

Frank Oelmüller

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zum historischen Zusammenhang eines Leitbegriffs der DDR in der Ära Honecker

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 1993 GRIN Verlag
ISBN: 9783656489771

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/232441>

Frank Oelmüller

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zum historischen Zusammenhang eines Leitbegriffs der DDR in der Ära Honecker

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Ludwig-Maximilians-Universität München

Fakultät 09 - Institut für Neuere Geschichte

Studienabschlußarbeit:

"Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - Zum historischen
Zusammenhang eines Leitbegriffes der DDR in der Ära Honecker"

Verfasser:

Frank Oelmüller

25. November 1993

I. Einleitung

- | | |
|--|---|
| 1. Zum methodischen Vorgehen und zur Terminologie | 1 |
| 2. Die Sozialpolitik im Kapitalismus | 3 |
| 3. Sozialpolitik im Sozialismus -
Theorie und Praxis in der DDR | 7 |

II. Hauptteil

- | | |
|---|----|
| 1. Die Sozialpolitik während der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" (1945-1949) und der "Phase der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus" (1949-1960) | 14 |
| 2. Die Sozialpolitik in der Phase des "umfassenden Aufbaus des Sozialismus" (1961-1970) und die ideologische Wende ab Mitte der sechziger Jahre | 19 |
| 3. Ökonomische Probleme gegen Ende der sechziger Jahre | 27 |
| 4. Die 14. Tagung des ZK und der VIII. Parteitag der SED | 35 |
| 5. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR nach dem VIII. Parteitag | 49 |

III. Schluß

- | | |
|---|----|
| Zusammenfassende und ergänzende Betrachtungen | 64 |
|---|----|

- | | |
|--------------------|----|
| <u>Anmerkungen</u> | 86 |
|--------------------|----|

- | | |
|------------------|----|
| <u>Literatur</u> | 97 |
|------------------|----|

- | | |
|----------------|-----|
| <u>Anlagen</u> | 99* |
|----------------|-----|

I.1. Zum methodischen Vorgehen und zur Terminologie

Die sozialistische bzw. marxistisch-leninistische Ideologie, auf deren Grundlage die Existenz des Staates der DDR aufgebaut war, stellt für den nicht-marxistisch-leninistischen Betrachter zunächst ein nicht zu unterschätzendes Hindernis auf dem Weg zu einer realistischen Analyse der DDR-Gesellschaft dar. Laut Wolf-Rainer Leenen steht die marxistisch-leninistische Ideologie nicht nur der externen Analyse, sondern auch einer realistischen Selbsterfassung eines sozialistischen Systems durch dessen eigene Wissenschaftler im Wege¹⁾.

Aufgrund des aus heutiger Sicht bekannten Zusammenbruches der DDR als eigener Staatsorganisation ist diese letztere These Leenens zweifelsfrei empirisch belegt. Für die externe und jetzt im Bezug auf die DDR auch historische Analyse ist es zunächst erforderlich, sich durch ein begrenztes Einlassen auf bzw. durch eine Beschäftigung mit dieser speziellen Ideologie eine annähernde Vorstellung von den besonderen Problemen zu verschaffen, mit denen ein externer und nicht der strengen Systemimmanenz folgenreicher Betrachter konfrontiert ist. So beansprucht die sozialistische Ideologie beispielsweise, über die einzige Weltanschauung zu verfügen, die "die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erfasst und ein praktisches Handeln ermöglicht, das sich in Übereinstimmung mit den ökonomischen und sozialen Gesetzmäßigkeiten befindet"²⁾. Aus diesem exklusiven Erkenntnisanspruch resultiert konsequenterweise nicht nur die angeblich wissenschaftlich fundierte Vorgabe von Ziel und Weg der Gesellschaft durch die die Arbeiterklasse führende Partei, sondern auch die Fähigkeit, den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstand auf dem Weg zu diesem Ziel, der klassenlosen Gesellschaft mit der Bezeichnung "Kommunismus"³⁾, bestimmen zu können⁴⁾.

Weitere methodische Probleme im Umgang mit Quellen und Sekundärliteratur aus der DDR ergeben sich durch die stark hervorgehobene Rolle der sog. "Arbeiterklasse", zu welcher in amtlichen Statistiken der DDR immer die Angestellten und z.T. auch Angehörige der "Intelligenz", z.B. Parteifunktionäre gezählt werden⁵⁾. Dadurch wird das Bild einer extrem homogenen Gesellschaft vorgegeben, die zu nahezu 90 Prozent aus Angehörigen der "Arbeiter- und Angestelltenklasse" be-

steht⁶⁾. Die hier stattgefundenene Anpassung empirischer Befunde an die der Gesellschaftsordnung zugrundeliegende marxistisch-leninistische Ideologie ist charakteristisch für alle systemimmanente Analysen. Gesellschaftliche Fakten sind "ideologisch verfremdet"⁷⁾; Konflikte und neuralgische Punkte werden in der Darstellung bewußt ausgespart bzw. derartig beschönigt, daß sie für den Leser nur noch andeutungsweise oder "zwischen den Zeilen" erkennbar sind⁸⁾.

Trotzdem soll im Folgenden versucht werden, das Prinzip der Systemimmanenz soweit wie möglich, d.h. unter Berücksichtigung der dem System zugrundeliegenden Ideologie, zu realisieren. Dazu gehört ebenso die Verwendung der systemtypischen Terminologie, soweit diese nicht als absolut unzeitgemäß und damit unpassend zur Beschreibung einer heutigen industrialisierten Gesellschaft abgelehnt werden muß⁹⁾. Spezielle sozialistische Terminologie im wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich wird unter Hinweis auf die in der westlichen Industriegesellschaft üblichen Synonyme verwendet.

I.2. Die Sozialpolitik im Kapitalismus

In der westlichen Industrie- und Wertegesellschaft wird unter der Bezeichnung "Sozialpolitik" die "Gesamtheit an Handlungen zur Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens nach Maßgabe bestimmter Wertvorstellungen"¹⁰⁾ verstanden. Diese neuere Definition des Begriffes im weiteren Sinn beinhaltet die Möglichkeit, je nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu entscheiden, welche Gebiete in die Sozialpolitik einbezogen bzw. welche herausgelassen werden sollen.

Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung staatlicher Sozialpolitik, die in Deutschland durch das "Preußische Regulativ" von 1839¹¹⁾ ihren Anfang nahm, erfolgte eine Verlagerung weg von einem Verständnis des Begriffes im engeren Sinn bis hin zu der o.g. weiten Definition. Diese Entwicklung hin auf ein Verständnis von Sozialpolitik als "Gesellschaftspolitik", d.h. einer Politik, die über unmittelbare wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen hinaus - z.B. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Berufswarnungen, -beratung und -umschulungen - Einfluß auf die Gesellschaftsstrukturen nimmt, findet laut Geigant u.a.¹²⁾ auch in der heutigen Zeit noch ihren Fortgang.

Die klassische Definition des Begriffes im engeren Sinn beschränkt sich dagegen auf die sogenannte "fremdbestimmte Arbeit". "Nicht das Verhältnis aller Gruppen zueinander und zum Staate wurde als Gegenstand der Sozialpolitik angesehen, sondern ein Bereich von Fragen, der sich aus der besonderen Lage der Arbeitnehmergruppen ergab, d.h. solcher Gruppen, deren Angehörige nach Maßgabe von Weisungen ihrer Vertragspartner Arbeit zu leisten aufgrund freien Vertrages verpflichtet und aufgrund relativer wirtschaftlicher Schwäche gezwungen sind."¹³⁾ Dieses in der Bundesrepublik bis in die fünfziger Jahre weitverbreitete Verständnis von Sozialpolitik bedeutet neben einer außerordentlichen Einengung des Begriffes auch eine weitgehende Übereinstimmung mit dem sozialistischen Verständnis. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Kerngedanke der sozialistischen Utopie, stellt zweifellos den Ursprung jeder Art von Sozialpolitik dar¹⁴⁾. Diese "Gerechtigkeit", verstanden als annähernde Gleichheit der Lebensverhältnisse, stellt eine

der zentralen Forderungen der Französischen Revolution dar¹⁵⁾ und ist damit zunächst eine bürgerlich-liberale und keine sozialistische Idee.

Eine andere Errungenschaft derselben Revolution, die allgemein umgehend anerkannte formale Freiheit, geriet zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet im Laufe der Zeit in einen immer stärkeren Gegensatz zu dieser Gleichheit im Sinne von Gerechtigkeit: die Ausbeutung und Ausnutzung derjenigen, die in der sich schnellentwickelnden industrialisierten Gesellschaft ausser ihrer physischen Arbeitskraft nichts zu verkaufen hatten, stieg in der völlig unregulierten "freien" Wirtschaftsordnung rapide an. Diese sich entwickelnde Zwei-Klassen-Gesellschaft, die sich schnell vergrößernde wirtschaftliche und gesundheitliche Differenz zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern bildete im Laufe des 19. Jahrhunderts eine ständige Gefährdung für den Frieden innerhalb der Gesellschaft. Es entstand eine soziale Sprengkraft im Zuge der nach der Französischen Revolution einsetzenden Industrialisierung, die in ihrem Umfang von den meisten Regierungen der Periode eklatant unterschätzt worden ist.

Trotzdem ist festzuhalten, daß in diesem Zeitabschnitt¹⁶⁾ die drohenden Gefahren, z.B. für die Wehrfähigkeit des Staates, die Schulbildung oder die Unternehmer und deren Kapital ganz allgemein, durchaus erkannt wurden und auch Aktivitäten der Regierungen auslösten. Doch zumeist blieb es bei einzelnen Maßnahmen, die nur Stückwerk bilden konnten. Erste systematische Gesetzgebungsmaßnahmen erfolgten in England in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter B. Disraeli und im Deutschen Reich in den achtziger Jahren unter O. v. Bismarck^{16a)}.

Die Tatsache, daß die Sozialpolitik im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts in größerem Umfang von konservativen Politikern vorangetrieben worden ist, bestätigt die These von Ludwig Heyde, wonach die Träger von Sozialpolitik¹⁷⁾ durch ihre Bestrebungen und Maßnahmen das Gesellschaftsgefüge dahingehend beeinflussen wollen, daß eine Gefährdung der Beständigkeit dieses Gefüges durch eine existenzielle Gefährdung wirtschaftlich schwacher Schichten so weit wie möglich ausgeschlossen

wird¹⁸⁾. Auch die heutige enge Begriffsdefinition orientiert sich an dieser traditionellen Zielsetzung. Danach ist Sozialpolitik zu verstehen als "Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage gesellschaftlich schwacher und schutzbedürftiger Personengruppen"¹⁹⁾. Der Sinn und Zweck einer solchen sich auf Einzelmaßnahmen konzentrierenden Politik dürfte auch heute noch treffend mit den Worten G. Schmollers aus seiner Eröffnungsrede zur Gründung des "Vereins für Sozialpolitik" von 1872 zu umschreiben sein: "Unser Anliegen besteht darin, im Interesse der politischen und ökonomischen Stabilisierung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse und angesichts der unübersehbaren sozialen Mißstände der deutlich genug drohenden sozialen Revolution ein Programm...entgegenzusetzen."²⁰⁾ Es ist also nicht falsch zu behaupten, daß es bei einem derartig eingegrenzten Sozialpolitikbegriff um die Bewahrung bestimmter Gesellschaftsstrukturen in einem gewissen Rahmen geht. Dabei muß allerdings festgestellt werden, daß im Unterschied zu Schmollers Feststellung von 1872 heute die unmittelbare Gefahr einer drohenden sozialen Revolution in der Bundesrepublik nicht besteht.

Im Hinblick auf diese bewahrende Zielsetzung, die Sozialpolitik beinhalten kann, ist die Definition von G. Winkler aus sozialistischem Blickwinkel nicht abwegig. Er definiert die Sozialpolitik im Kapitalismus als "Mittel, die sozialen Bindungen und Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft, ..., zu regulieren und ... die Klassenauseinandersetzungen zu dämpfen sowie die Arbeiterklasse an das kapitalistische System zu binden." Im Weiteren behauptet er, Sozialpolitik im Kapitalismus sei "ein Konglomerat aus widerstreitenden Interessen, und objektiven Zwängen." In einer kapitalistischen Gesellschaft könne es keine einheitliche Sozialpolitik geben, und ebenso wenig verzichte der Staat darauf, im Interesse der "herrschenden Klasse" Sozialpolitik zu betreiben²¹⁾.

Abgesehen von der zweifelhaften Behauptung, in einer kapitalistischen Gesellschaft könne es keine einheitliche Sozialpolitik geben, ist diese Sichtweise durchaus akzeptabel, soweit hierbei an die traditionelle Bedeutung von Sozialpolitik

gedacht wird. Im Blick auf die ständige Ausweitung des sozialpolitischen Aufgabenbereichs, die bereits in der Anfangsphase der Existenz der Bundesrepublik beginnt, muß eine derartige Beschreibung jedoch nicht nur als veraltet, sondern auch als unzutreffend angesehen werden. Sozialpolitik wird in der heutigen Bundesrepublik nicht mehr primär im Interesse und zwecks Erhaltung einer "herrschenden Klasse"²²⁾ betrieben, sondern mit dem Ziel der Gewinnung einer wirtschaftlich relativ homogenen Gesellschaft, in der jedem Mitglied die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins und möglichst weiträumiger individueller Entfaltung geboten werden soll. Dies schließt einzelne (sozial-)politische Maßnahmen, die im Hinblick auf anstehende Wahlen und damit zwecks Machterhalt zum Vorteil einzelner Gruppen erlassen werden, nicht aus.